

Teuerung und Schuldfrage.

Kurz vor seinem Eintritt in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes hat der Sozialdemokrat Dr. August Müller sich in dem jetzt erschienenen Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1915 eingehend über eine Anzahl von Problemen geäußert, die ihn jetzt amtlich beschäftigen werden. Wir entnehmen diesem Bericht die folgenden beachtenswerten Ausführungen zu der Frage, wer an der Teuerung schuld habe.

„Meines Erachtens müßte der Versuch, die Frage, wer nun eigentlich die Schuld an der Teuerung habe, zu beantworten, schon deshalb scheitern, weil die Frage, in dieser Form gestellt, überhaupt nicht zu beantworten ist. Der Kriegszustand hat eine ganze Anzahl unvermeidbarer Verteuerungsursachen im Gefolge, welchen sich niemand entziehen kann. Auch selbst dann, wenn alle Verbraucher, alle Erzeuger und alle Warenvermittler in jeder Hinsicht einwandfrei gehandelt hätten. Wenn es überhaupt nichts von dem gegeben hätte, was man als Kriegswucher bezeichnet, so würden wir doch nicht um eine erhebliche Verteuerung aller notwendigen Gebrauchsartikel herumgekommen sein. Es ist überhaupt fraglich, ob man den Begriff der Schuld im ethischen Sinn auf die Vorgänge im Wirtschaftsleben anwenden kann, die sich so manchesmal in unerfreulicher Weise während des Krieges bemerkbar gemacht haben. Im Grunde genommen haben doch alle diejenigen Wirtschaftssubjekte, die auch während des Krieges ihre Konjunkturgewinne erstrebt haben, nur die Grundsätze befolgt, die in normalen Zeiten unser Wirtschaftsleben uneingeschränkt beherrschen. Wenn das Streben nach dem größtmöglichen Ertrag in Friedenszeiten als vollkommen berechtigt, ja sogar als notwendig anerkannt worden ist, wie kann man da diejenigen so scharf verurteilen, die sich auch im Kriege von diesem Grundsatz leiten lassen? Unsere wirtschaftliche Ordnung, die als Regulator das Gewinnstreben des einzelnen anerkennt, ist durch den Krieg doch nicht geändert worden! Kapitalistisch-folgerichtig gedacht, müßten daher Kriegsgewinne als ebenso berechtigt erscheinen, als Friedensgewinne, die auch nicht immer auf eine Weise erzielt werden, die dem strengsten Maßstabe standhält. Aber gegen diese Konsequenz bäumt sich im Innern eines jeden, der es noch nicht verlernt hat, vollständig auf die Anlegung eines sittlichen Maßstabes zu verzichten, doch alles auf. Das ist das Erfreuliche bei der ganzen Angelegenheit: die Erkenntnis, daß zwischen Individualinteresse und Sozialinteresse unter bestimmten Umständen ungeheure Unterschiede bestehen, hat zur Folge, daß auch die schärfsten Mittel berechtigt erscheinen, wenn durch ihre Anwendung eine Verletzung des Sozialinteresses zu verhüten ist. Man muß nur nicht in den Fehler verfallen, das, was eigentlich dem ganzen herrschenden volkswirtschaftlichen System innewohnt, lediglich auf den Krieg zurückzuführen. Auch in Friedenszeiten bringt das Streben nach hohem Profit allerhand sehr unangenehme Erscheinungen mit sich, die ja gewiß bekämpft werden, aber doch nicht immer mit der vom Standpunkt des Allgemeininteresses wünschenswerten Schärfe. Außerdem sind ja auch in Friedenszeiten die Gegenentzenden viel wirksamer, als unter den besonderen Verhältnissen, die durch den Krieg geschaffen werden.“

Ich lehne es also ab, für alle Teuerungsercheinungen den Begriff der Schuld im ethischen Sinne anzuwenden, weil ich, wie gesagt, ein erhebliches Maß von Teuerung während des Krieges für unvermeidbar halte. Soweit für ein Hinausgehen über dieses Maß gewisse Individuen oder Berufsgruppen etwa verantwortlich gemacht werden können, ist nur in seltenen Fällen nachzuweisen, inwieweit diese teuerungsverstärkenden Erscheinungen wirksam sind. Außerdem aber können sich diese Personen und Berufsgruppen mit Recht darauf berufen, daß ihr Verhalten durchaus nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen steht, die in normalen Zeiten als die unser Wirtschaftsleben beherrschenden anerkannt werden. Die Genugthuung darüber, daß wenigstens im Kriege von der öffentlichen Meinung allgemein

die Ausnutzung dieser kapitalistischen Grundsätze verurteilt wird, und die Hoffnung auf eine Ruhbarmachung dieser Stimmung für Reformen nach dem Kriege ist gewiß von großer Bedeutung.“